

Korruptionsbericht der SED – Machthaber

1. Dezember 1989

„Dreizehnte Tagung der Volkskammer, Tagungspunkt 7.: „Zwischenbericht über die Tätigkeit des zeitweiligen Ausschusses der Volkskammer der DDR zur Prüfung von Fällen des Amtsmissbrauchs, der Korruption, der persönlichen Bereicherung und anderer Handlungen, bei denen der Verdacht der Gesetzesverletzung besteht. (Protokollauszüge als Leseprobe)

In der Volkskammer wird die „führende Rolle“ der SED aus der Verfassung gestrichen. Zudem wird Bericht erstattet über die Privilegien der Machthaber. Der ehemalige Präsident des oberen Gerichts der DDR, Heinrich Toeplitz, ein systemkonformes CDU-Mitglied fasst die ersten Ergebnisse des Untersuchungsausschusses zu Amtsmissbrauch und Korruption zusammen, der von der Volkskammer am 18. November 1989 eingerichtet worden war. Er berichtet über luxuriöse Hausbauten für Kinder von Politbüromitgliedern, über riesige „Sonderjagdgebiete“ deren Unterhalt Millionen kostete, über Honeckers und Mittags „Ehrenmitgliedschaft“ in der Bauakademie, die jährlich mit 20.000 Ostmark honoriert wurde und anderes mehr. Nachweise/Quelle: Volkskammer, Protokolle 9. Wahlperiode, Bd.25 Seite 317-354, hier 343-

Es liegt schon jetzt eine größere Zahl von Eingaben vor, in denen Vorwürfe gegen Betriebsleiter und örtliche Partei- und Staatsfunktionäre erhoben werden. Ohne dass unser Ausschuss seine Verantwortung einschränken will, greife ich deshalb die Anregung unseren Kollegen Weißgräber in der letzten Prisma-Sendung auf, dass die Bezirks- und Kreistage in eigener Verantwortung vergleichbare Ausschüsse bilden. Wird diesem Vorschlag gefolgt, würden wir gerne mit ihnen zusammenarbeiten.

Verehrte Abgeordnete! In unserer bisherigen Arbeit zeichnen sich bestimmte Schwerpunkte ab, auf die ich eingehen will, soweit gesicherte Erkenntnisse oder klare Fragestellungen vorliegen. Baumaßnahmen verschiedener Art: Aufgrund der Diskussion der Gewerkschaftsmitglieder über das aufwendige Gebäude des Bundesvorstandes am Märkischen Ufer hat der Ausschuss festgestellt, dass aufgrund zentraler Entscheidungen 100 Millionen Mark aus dem Staatshaushalt für dieses Gebäude zur Verfügung gestellt worden ist. Die Frage, wer diesen Antrag gestellt hat, und wer ihn genehmigt hat, ist noch offen. Welche Gewerkschaftsgelder zusätzlich für diesen Bau verbraucht worden sind, klärt die neue Leitung des FDGB. Die Privatbauten, die zu einer Fülle von Eingaben geführt haben, wurden von verschiedenen Baubetrieben durchgeführt. Deshalb hat der Ausschuss bisher nur einen teilweisen Einblick.

Im Bereich des Ministerrates wurden Häuser für die Söhne der früheren Mitglieder des Politbüros Stoph, Kleiber und Krolkowski gebaut. Die Bauten erfolgten auf Antrag der Väter und wurden vom früheren Staatssekretär des Ministerrates Dr. Kleinert, angewiesen. Der kommunistische Leiter des Bereichs hat uns bestätigt, dass durch diese Bauten Baukapazitäten blockiert wurden, die zur Werterhaltung für die in Rechtsträgerschaft der Versorgungseinrichtung befindlichen Wohnhäuser und Delikations-Gästehäuser bestimmt waren. Einige auf dieser Weise begünstigte Familienangehörige sind inzwischen ausgezogen. Das gilt nicht für F. Krolkowski, den Sohn von W. Krolkowski. Für ihn wurde in Üdersee ein Haus gebaut, dass nach den Angaben eines Architekten, der selbst früher bei VWM gearbeitet hat, mindestens 400.000 Mark gekostet hat. Dieses Haus wurde auf Weisung des früheren stellvertretenden Leiters des Sekretariats des Ministerrates G. Schilling im Herbst 89 an F. Krolkowski für 125.000 Mark verkauft. Die zuständigen Organe werden sich sowohl mit der strafrechtlichen Seite dieser Manipulation als auch mit diesem Kaufvertrag zu beschäftigen haben.

Für den Bereich Kommerzielle Koordinierung hat der Ausschuss die Unterlagen über die von ihm gebauten 32 EFH angefordert und sie liegen vor. Die Häuser sind an Mitarbeiter dieses Bereiches, andere Außenhandelsmitarbeiter, Wissenschaftler und weitere Personen vermietet. Darunter befinden sich die Häuser der beiden Töchter Günter Mittags, sie werden geräumt sobald den Mietern Wohnungen zur Verfügung gestellt werden können und Bewerbern aus Kreisen der wissenschaftlichen oder künstlerischen Intelligenz zum Kauf angeboten. Das ist so formuliert, verehrte Abgeordnete, weil es Leute sein müssen, die den Kaufpreis aufbringen können. (Heiterkeit)

Der Ausschuss ist veranlasst, dass eine exakte Überprüfung beim Spezialbau Potsdam erfolgt. Sie ist bereits im Gange. Wir verlangen vom Ministerium für Bauwesen eine vollständige Aufklärung darüber, für welche leitenden Funktionäre und unter welchen Bedingungen z.B. Gefälligkeitspreise, Bauauflagen an örtliche Baubetriebe, insbesondere in Erholungsgebieten, gegeben worden sind. Nur auf dieser Weise werden wir einen Überblick über staatliche und Privatbauten für einen bevorzugten Personenkreis erhalten können.

Die Vorsitzende des FDGB, A.Kimmel hat zugesagt, dass die Revisionskommission der Gewerkschaft prüfen wird, ob in ihren Bereich ungerechtfertigte Baumaßnahmen für Einzelpersonen zu verzeichnen sind. Der Fall Nennstiel befindet sich in Ermittlung des Generalstaatsanwaltes, wie die Presse gemeldet hat.

In diesem Komplex gehören Land- und Jagdhäuser. Über einige wurde in den Massenmedien bereits informiert. Der Ausschuss ist nicht einverstanden, wenn in einem Interview des „Neuen Deutschland“ bezweifelt wird, ob ich zitiere jetzt in direkter Rede: ...„repräsentative Häuser auf dem Darß eigentlich als Privilegien anzusehen seien, da sie von staatlichen Baubetrieben errichtet und an die Betroffenen vermietet worden seien“.

Diese Häuser sind aus gesellschaftlichen Mitteln erbaut mit großen Aufwand und nach den Wünschen der vorgesehenen Nutzer. Über den Aufwand und die Verantwortlichkeit für diese und andere Objekte, z.B. im Bereich des Gästehauses Lindow und die beauftragten Baubetriebe sind weitere Untersuchungen erforderlich und vorgesehen. Das gilt auch für das Haus eines Sohnes von Horst Sindermann.

Fragen der Sonderjagdgebiete und damit zusammenhängenden Privilegien spielen in den Zuschriften an den Ausschuss eine große Rolle. In der Presse ist mitgeteilt worden, dass die Sonderjagdgebiete aufgehoben worden sind. Gegenwärtig untersuchen unter anderem auch auf Ersuchen des Ausschusses die ABI und die Finanzrevision die bisherige Bewirtschaftung dieser Gebiete, für die das Ministerium für Land-,Forst und Nahrungsgüterwirtschaft verantwortlich sind.

Die untersuchungender ABI-Kontrollen werden in zwei Wochen dem Ausschuss vorgelegt. Schon jetzt steht fest, dass diese Gebiete, die als NVA-Gebiete abgeschirmt wurden, große Waldflächen einnahmen, z.B. im Bezirk Neubrandenburg 20 %. (Unruhe im Saal)

Das sie über große Fahrzeugsparks an PKW und Spezialfahrzeugen verfügten und eine beträchtliche Zahl von Arbeitern und Angestellten dort beschäftigt war, dass für ihre Bewirtschaftung erhebliche staatliche Mittel in Anspruch genommen wurden. Im Bezirk Neubrandenburg z.B. wurden für zwei Jagdreviere Mittel in Höhe von 5,7 Millionen Mark im Jahre 1988 aus dem Fonds Rohholzerzeugung, Landeskultur und Fortsschutz entnommen, was 63% dieses Fonds ausmacht.

Einige Sofortmaßnahmen sind getroffen worden wie Abschaffung der Sonderrechte, sinnvoller Einsatz des Personals und des Fuhrparks sowie Aufteilung der Gebiete an die örtliche

Jagdgesellschaften. Die örtlichen Organe sollten durch eine exakte Kontrolle dafür Sorge tragen, dass die bisherigen Nutzer wirklich nur das persönliche Eigentum mitnehmen. Das gilt auch für die Jagdhäuser in der Schorfheide.

Aufgrund einer Anordnung des früheren Bauministers vom 15.12.1978 wurde die Möglichkeit geschaffen, Ehrenmitglieder der Bauakademie mit einer jährlichen Dotation von 20 000 Mark zu ernennen. Die Ernennung erfolgte durch den Minister des Bauwesen auf Vorschlag der Bauakademie. Bereits 1978 wurden Erich Honecker und Günther Mittag zu Ehrenmitglieder der Bauakademie ernannt. Aus diesem Anlass erhielten sie seitdem eine jährliche Dotation von je 20.000 Mark, insgesamt 240.000 Mark. (Bewegung im Saal)

Die andere Information. Von 1985 bis 1989 erhielt Th.Kleiber, der Sohn von Günther Kleiber Testfahrzeuge des Typs Wartburg und Skoda zur persönlichen Nutzung. Den Skoda benutzte er noch am 27.November diesen Jahres 1989.

In einer Reihe von Eingaben wird die Frage aufgeworfen, ob Valutamittel der DDR wirklich stets gesetzlich verwandt wurden. Dem Ausschuss liegt auch eine Liste über Flüge mit Sondermaschinen seit dem 1.1.1987 vor, für die für Abfertigungen und sonstige Auslagen beträchtliche Mittel aufgewandt wurden. In dem Zusammenhang Valutafragen gehört auch die Tatsache, dass bei einer unvorhergesehenen Kontrolle beim DTSB ein Beitrag von insgesamt 291.000 DM West in Büroschubladen und anderen Behältnissen des für Wirtschaft Verantwortlichen vorgefunden wurde, für deren Herkunft und Verwendung keine ordentlichen Belege vorliegen. Die Aufklärung ist dadurch erschwert, dass sich dieser Verantwortliche der Vernehmung durch Selbstmord entzogen hat. Die Bargeldbestände sind der Staatsbank zugeführt worden.

Die Sektion Germanistik/ Slawistik der Pädagogischen Hochschule Güstrow vertritt die Auffassung, dass die Gründung der päd.Hochschule Neubrandenburg, die entgegen ernsthaften Einwänden mit einem Kostenaufwand von über 80 Millionen Mark durch Margot Honecker und J. Chemnitzer , völlig überflüssig gewesen sei.

Einen bewegten Brief erhielten wir über die Zustände in dem Dorf Wolletz bei Angermünde, wo der ehemalige Minister Mielke seinen Landsitz hatte. Während die Wohnbedingungen der Dorfbewohner sehr schlecht waren, wurden nicht nur für MfS- Mitarbeiter Neckermann-Häuser gebaut, sondern den Bürgern auch der für sie bestimmte Wohnblock weggenommen. Die Bürger waren ständig unter Kontrolle und Bewachung. Sie mussten sich für ihre Besucher verantworten. Sie beschwerten sich über die jahrelange Isolierung. Für einen sofortigen Abzug der MfS-Angehörigen ist zu sorgen, um den freiwerdenden Wohnraum den Dorfbewohnern zur Verfügung zu stellen, so der Ausschuss, der das Dorf besichtigen will.

Weitere Angelegenheiten müssen geklärt werden. Offenbar verfügen viele Sekretäre und Funktionäre der SED und andere selbst von DTSB, über Revolver. Und Revolver sind massiv vertrauensbehindert und lassen befürchten, dass irgendeiner in schlimmer Stunde die Waffe nicht nur gegen sich selbst richtet, wie mehrfach in diesen Wochen geschehen. Fragen stellen sich: Welche Kategorien von Parteifunktionären oder anderen Funktionären sind Waffenträger? Welche vom Volke einsehbare Gesetzesgrundlage liegt zugrunde? Oder handelt es sich um Amtsmißbrauch und illegalen Waffenbesitz? Wer bezahlte diese Waffen an wen?

Minister Dr. Beil (Ministerium für Außenwirtschaft) wurde nach Konten in der Schweiz u.a. gefragt: Seine Antwort: Ich bin nicht in der Lage, ihnen zu sagen, ob es in der Schweiz Konten gibt, ob es irgendwo Depots gibt mit Gold und Wertsachen.

Ich habe über meine Verantwortung für den Teil Außenhandel, der im Volkswirtschaftsplan enthalten ist, hier gesprochen. Konkrete Antworten kann ich noch nicht geben, weil der Bestand in den nächsten 8 Tagen erst eingeordnet werden muß.

Verehrte Abgeordneten, wenn ich ihnen heute eine Antwort geben könnte, wer in der Schweiz Hundert Milliarden, so war die Anfrage, auf Konten hat, müssten sich mich dafür einsperren. Ich kann nicht heute auf Anhieb Antwort geben. Wir beauftragen den Ausschuss Herrn Staatssekretär Schalck-Golodkowski zur Berichterstattung vor diesem Ausschuss zu laden. Er wird auch sagen müssen, wie die Firma Chemoplast z.B. zum 50. Geburtstag von Margot Honecker ein Collier für 9000 Westmark bezahlen konnte.

Ein nächstes Problem stellt ein Betrieb „Delta“ dar. (Aussage Dr. Schwanitz, Leiter der nationalen Sicherheit) Das ist jener Betrieb, der in Wandlitz faktisch als Großhandel gewirkt hat, um dort die Verkaufsstellen mit Waren zu beliefern, und zwar – bis zur der Weisung des Herrn Staatsvorsitzenden – hauptsächlich mit Waren aus dem nichtsozialistischen Wirtschaftsgebiet. Seit seiner Weisung ist in der Waldsiedlung nichts von diesem Warenbestand verkauft worden.

Was diesen Transport anbelangt, der dann durch die Presse ging, so muß ich ihnen sagen: Natürlich befanden sich und befinden sich, nebenbei gesagt, noch, damit auch das klar ist, Waren aus alten Lieferungen in der sogenannten Waldsiedlung Wandlitz. Diese Waren wurden an den bewußten Tag, faktisch als Dienstleistung, damit sie dort herauskommen, sie sollen ja auch in Exquisit- und Delikatläden an die Bevölkerung verkauft werden, nach Bohnsdorf gefahren. Das war also ein reiner Rücktransport von Waren, damit sie endlich in die Geschäfte gelangen, wo sie hingehören. Es gibt noch weitere Waren dort bei denen jetzt geprüft wird, ob ebenfalls eine Sofortlieferung an Handelsorgane erfolgt oder ob über eine Zwischenmaßnahme des Generalstaatsanwaltes der DDR eine Beschlagnahme erfolgen soll. Jedenfalls sind die Waren unter Kontrolle und da geht, das kann ich ihnen versichern, nicht ein Stäubchen unkontrolliert weg.

Nun zu diesem mysteriösen Betrieb Letex, Dieser Betrieb hat nur noch solange Berechtigung, bis alle Geschäfte in Wandlitz abgewickelt sind, also das Warenlager bis zum Ende der Versorgung der dort Wohnenden aufgelöst ist. Ich habe befohlen, dass dieser Betrieb sofort aufgelöst wird. Ich war immer der Annahme, dass ist ein Betrieb des Ministeriums des Handel und Versorgung. Das stimmt nicht. Auf den Statut steht die Bestätigung des ehemaligen Ministers für Staatssicherheit, MfS Erich Mielke, so dass ich mich veranlasst sah, mich hier einzuschalten und auch damit konsequent Schluß zu machen“.

Quelle: Auszüge aus den oben genannten Protokoll- www.bstu.bund.de

Vgl. auch unter
www.bstu.bund.de/cIn_030/nn_898186/DE/MfS-DDR-Geschichte/Revolutionskalender/Dezember-1989/Dokumentenseiten/01-Dezember/01_dez_text.html_nnn=true

Zusammengestellt am 28.07.2010 zum Zweck politischer Aufarbeitung für Opfer der DDR-Diktatur von sed-opfer-hilfe.de